Nummer 395

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil: Inneres P. Steinborn, Schöneberg; Äußeres Dr. R. Jügler, Berlin; Kunst, Wissenschaft u. Lokales: F. Köppen, Bln.-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil: H. Ronglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe · Preis 100 000 Mk. 69. Jahrgang Montag, 27. August 1923

ERICH MEYERFELD BERLIN BEHRENSTR. 53-54 GRUNDSTÜCKE

Strickwolle u. Garne en gros GEBR. BARENHOLZ-NORDHAUSEN FILIALE: BERLIN, WEINMEISTERSTR. 14

Die Besprechung des Kanzlers mit Dr. v. Knilling.

eca München, 26. August.

Reichskanzler Dr. Stresemann ist gestern mittag im Auto in Mittenwald angekommen und hatte eine eingehende Unterhaltung mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. von Knilling. Den „Münchener Neusten Nachrichten“ zufolge weilte auch der Führer der bayerischen Volkspartei Dr. Held und der bayerische Gesandte in Berlin Dr. Preger in Mittenwald. Am Abend begab sich der Reichskanzler nach Garmisch, übernachtete dort und fuhr heute nachmittag im Auto wieder nach München zurück, wo er den Abend alsdann beim bayerischen Reichsgesandten von Haniel verlebte. Mit dem fahrplanmäßigen Schnellzuge 9.15 Uhr fuhr der Reichskanzler wieder nach Berlin zurück.

Amtlich wird gemeldet: Der Reichskanzler hat anläßlich seines persönlichen Besuches beim bayerischen Ministerpräsidenten Gelegenheit genommen, die wichtigsten Fragen der außen- und innerpolitischen Lage, insbesondere auch hinsichtlich der Verhältnisse zwischen Reich und Ländern eingehend zu besprechen. Im Vordergrunu stand bezüglich der inneren Politik die Erörterung der wirtschaftlichen Maßnahmen, die angesichts der augenblicklichen Notlage unverzüglich getroffen werden müssen. Dabei wurde in grundsätzlicher Uebereinstimmung die Voraussetzung für ein gedeihliches Zusammenarbeiten zwischen dem Reich und Bayern erneut festgelegt.

Stresemann über die Große Koalition.

eca München, 27. August.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ veröffentlichen in der heutigen Abendausgabe in Interview mit Reichskanzler Dr. Stresemann. Hinsichtlich des Verhältnisses zwischen dem Reich und den Ländern bezieht sich der Reichskanzler auf seine Erklärung im Reichsrat und fügt dann hinzu, daß über die grundsätzliche Einstellung der Regierung kein Zweifel mehr möglich sein könne. Man dürfe überzeugt sein, daß diese grundsätzliche Einstellung sich auch in der Praxis auswirken wird. Zu der Frage der großen Koalition bemerkt der Reichskanzler, die jetzige Koalition ist die stärkste Zusammenfassung parlamentarischer Kräfte, die wir im neuen Deutschland bisher gekannt haben, und sie habe den Vorteil, daß die Regierung einer großen Mehrheit im Parlament sicher ist, und deshalb sicher arbeiten könne, sicherer, als eine Regierung, die sich eine Mehrheit von Fall zu Fall suchen muß. Eine Reihe von Fragen, die in nächster Zeit zur Erledigung kommen, werden nur auf dem Wege sogenannter diktatorischer Maßnahmen zu lösen sein. Diese Maßnahmen wären bei einer Minderheitsregierung oder bei einer Regierung mit schwankenden Mehrheiten außergewöhnlich schwierig, wenn nicht unmöglich. Es ist unrichtig, wenn angenommen wird, daß nunmehr eine starke Einflußnahme der sozialdemokratischen Partei auf ihre Führer eingetreten ist, die bisher nicht vorhanden war. Alle Maßnahmen einer Koalitionsregierung müssen gegenwärtig darauf eingestellt sein, das Volk zusammenzuschmeißen, und die Einheit darf nicht durch Parteikämpfe zerstört werden.

Ein neues Initiativ-Ersuchen an Schweden

Stockholm, 26. August.

Im Anschluß an die interparlamentarische Konferenz in Kopenhagen und die angenommene Resolution über den wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbau der Welt und mit Rücksicht auf den bevorstehenden Zusammentritt des Völkerbundes hat die interparlamentarische Gruppe des schwedischen Reichstages durch Baron Adelswaerd an die schwedische Regierung das Ersuchen gerichtet, **von neuem eine Initiative im Völkerbundsrat zwecks Beilegung der Zwistigkeiten, die die jetzige Situation in Europa verursachen, zu unternehmen.** Das Ansuchen hebt hervor, daß der Völkerbung der natürliche Vermittler in dem Schadenersatzkonflikt ist.

Polen und die Kleine Entente.

EE Paris, 27. August.

Wie der Warschauer „Matin“-Korrespondent meldet, schweben Verhandlungen wegen Eintritts Polens in die Kleine Entente. Allerdings seien Schwierigkeiten insofern vorhanden, als die Kleine Entente sich bisher lediglich um die Durchführung ds Friedens von Trianon gekümmert habe, während Polen auch die Einbeziehung der Verträge von Versailles und Riga fordere. Polens Politik sei mit der Frankreichs identisch.

Egler & Co., Bankgeschäft, Berlin C. 2, An der Schleuse 9. Zentrum 1798, 7765 (40760-69)2

Zwei Reden und keine Antwort.

Poincarés Sonntagslied.

„Viel Kohle gewinnt er freilich nicht mit allen seinen Reden, aber wenn man gerecht sein will, etwas gewinnt er doch durch sie für sein Land.“ Diese Worte sind, mit Bezug natürlich auf Herrn Poincaré, in dem letzten, vom 21. August aus London datierten Aufsatz Lloyd Georges über die Folgen der Ruhrbesetzung zu lesen, einem der gedankenreichsten unter den Aufsätzen, die der schreibefreudige Ex-Ministerpräsident seit seiner Demission veröffentlicht hat. Man möchte sie als Motto über die neue Rede setzen, die Poincaré gestern in Chancey gehalten hat. In erster Linie ist festzustellen, daß der Leiter der französischen Politik sich noch nicht bemüßigt gesehen hat, dem deutschen Reichskanzler auf seine sachliche und neue Wege weisende Freitagsrede zu antworten. Er streift die Ausführungen Stresemanns nur flüchtig, ergeht sich in tendenziösen und entstellenden Reminiszenzen historischer Natur und vermeidet es, auf die Tagesprobleme sachlich einzugehen. Es ist schwer zu ergründen, was den französischen Ministerpräsidenten zu diesen Winkelzügen bewogen hat, ob zwingende Erwägungen ihn veranlassen, mit der Antwort zurückzuhalten, oder ob er bewußt vor einer deutschen Aktivität ausweichen will, die ihn in die Bahn der sachlichen Behandlungsweise drängen könnte, eine Bahn, die ihm bisher verhaßt war. Tatsache ist also, daß Poincaré, wie gesagt, auf nichts eingegangen ist, was Stresemann am Freitag behandelt hat. Wir hören nichts von Reparationen, von Garantien, von der Ruhrfrage. Wir hören nur Phantasien über den Annexionismus eines Deutschland, das etwa als Sieger aus dem Kriege hervorgegangen wäre, und wir hören die alte Sonntagsmelodie Poincarés über den „guten Willen“, den Frankreich bei seinen Reparationsleistungen nach 1871 bewiesen hat, und über den schlechten Willen Deutschlands, der Frankreich angeblich zu seiner Reparationspolitik zwingt. Doch es ist bemerkenswert, daß er Deutschlands „Böswilligkeit“ nur indirekt schildert, indem er Frankreichs Haltung nach 1871 in leuchtenden Farben malt. Er verschleiert die Aggressivität mit Pathos.

Dieses Pathos wirkt komisch in den Auslassungen über den deutschen Annexionismus im Falle eines deutschen Sieges. Jeder kann erzählen, wir hätten Dünkirchen und Antwerpen genommen, und „auch England wäre nicht besser behandelt worden“. Daß ein siegreiches Deutschland die Tschechoslowakei nicht selbständig gemacht hätte, ist allerdings — darin hat Herr Poincaré Recht — durchaus anzunehmen. Am lebendigsten wirkt das Schreckbild, das der Redner von Chancey von einem solchen Europa entwirft, in der Feststellung: Posen und Oberschlesien wären noch in den Händen Deutschlands! In der Tat: Das wäre der Ausfluß eines wüsten Imperialismus gewesen, wenn ein siegreiches Deutschland nicht seine Ostmark den Polen überlassen hätte. . . Es verlohnt sich nicht, ernsthaft auf diesen Teil der Rede von Chancey einzugehen.

Was die Reparationsleistungen Frankreichs nach 1871 anbetrifft, so muß eben Herrn Poincaré zum so und so vielten Male entgegengehalten werden, daß Frankreich nach dem kurzen Kriege von 1870/71 durch die Loyalität des Siegers ein blühendes, nur wenig verwundetes Land war, das 5 Milliarden Franken mit Leichtigkeit aufbrachte, während Deutschland seiner besten Industriegegenden, seiner Kolonien, seines Heeres, seiner Flotte, eines großen Teiles seiner Autorität im Innern, also seines Kredites nach außen beraubt ist, und während es bisher schon 42 Milliarden Goldmark in Sachwerten und in bar aufgebracht hat und noch 50 Milliarden Goldmark in bar aufbringen soll. Selbst der Verdrehungskunst eines Poincaré gelingt es nicht, die zuhörende Welt zu überzeugen, daß ein Vergleich zwischen dem Frankreich nach 1871 und dem Deutschland nach 1918 möglich ist.

Die politische Situation hat sich also durch die gestrige Rede Poincarés nicht geändert. Sie bleibt unklar, bis der französische Ministerpräsident dem deutschen Kanzler sachlich antwortet. Wie sagt Lloyd George an einer anderen Stelle seines oben erwähnten Artikels vom 21. August? „Das einzige, was im Augenblick klarliegt, ist die Halsstarrigkeit der französischen Politik. Nicht einen Millimeter breit ist Poincaré von seiner ursprünglichen Stellung gewichen.“

R. J.

Chancey — Gondrecourt.

eca Paris, 26. August.

In seiner Rede, die Poincaré heute vormittag bei der Einweihung eines Kriegerdenkmals in Chancey hielt, und die als eine Entgegnung auf die letzte Rede des deutschen Kanzlers Stresemann angekündigt worden war, hat Poincaré entgegen diesen Ankündigungen die Ausführungen des deutschen Reichskanzlers nur vorübergehend gestreift. Er begann seine Rede damit, aufzuzählen, was nach seiner Meinung Deutschland aus Europa und der Welt gemacht haben würde, wenn es gesiegt hätte. Es hätte seine größenwahnsinnige Dynastie beibehalten und seine endgültige Herrschaft über die besiegten Völker aufgebaut. Frankreich wäre mindestens Calais los geworden und seiner Kohlenbecken beraubt worden und hätte außerdem noch riesige Entschädigungen zahlen müssen. Deutschland habe während des Krieges aus seinen Absichten kein Hehl gemacht. Es habe verschiedentlich seine Kriegsziele enthüllt und bis zum letzten Tage des Krieges darauf gesonnen, Frankreich zu vernichten.

Auch gegenüber den Alliierten würde sich Deutschland im Falle eines deutschen Sieges nicht viel großzügiger gezeigt haben. Belgien würde Antwerpen und die Nordseeküste verloren haben. Auch England, gegen das der frühere deutsche Kaiser eine starke Abneigung gehabt hätte und das von Deutschland als gefährlicher Konkurrent betrachtet worden sei, den man unbedingt zu Boden schlagen müsse, wäre nicht viel besser devon gekommen. Deutschland, daß sich in der Gegend von Ostende festgesetzt habe in der Absicht, dort ewig zu bleiben, würde die ganzen kontinentalen Ufer des Kanals behalten haben, um England besser überwachen und unter dem Feuer seiner „Berta“ halten zu können. Die englische Kriegsflotte wäre zerstört, seine Handelsflotte vernichtet worden. Seine Herrschaft über die Meere wäre ihm entrissen und seine Beziehungen zu den Dominions unmöglich gemacht worden. Traurig wäre auch das Los Italiens gewesen, das nicht nur Triest und Trient nicht erhalten hätte, sondern auß einen Teil seiner Gebiete an Oesterreich-Ungarn hätte abtreten müssen. Die Tschechoslowakei wäre unter dem jahrhundertelangen Joch geblieben, das auf ihr laste. Serbien und Rumänien wären zerstückelt und zu Vasallenstaaten gemacht worden. Der autonome polnische Staat wäre nicht wieder erstanden und Posen und Oberschlesien in deutscher Hand geblieben.

Ganz Europa wäre verwandelt worden. Vielleicht hätten sich auf der anderen Seite des Ozeans die Vereinigten Staaten vorübergehend außerhlab der Folgen des deutschen Sieges halten können. Aber sie hätten nicht lange uninteressiert bleiben können gegenüber der kolossalen Macht, die plötzlich Europa beherrscht hätte und auch bald begonnen hätte, ihre Fäden um den ganzen Erdball zu spinnen. Deutschland hätte sich nach und nach die politische, wirtschaftliche und geistige Oberhoheit über alle Völker erobert und wäre unter Führung der Hohenzollern Beherrscher der ganzen Welt geworden.

Poincaré kam dann auf den Versailler Vertrag zu sprechen, der von der großen Mäßigung Frankreichs zeuge, die von vielen Franzosen seiner Zeit allzusehr verurteilt worden sei. Deutschland sei nicht einmal verpflichtet worden, Frankreichs Kriegskosten zurückzuzahlen. Es brauche nur die materiellen Schäden wieder gut zu machen, die es angerichtet habe. Poincaré stellt dem die Forderungen gegenüber, die Deutschland nach dem Kriege von 1870/71 gegenüber Frankreich erhoben habe. Frankreich habe damals 5 Milliarden an Deutschland zahlen müssen und im Inneren noch ungeheure Summen aufbringen müssen, um die Schäden, die der Krieg in seinem Lande angerichtet habe, wiedergutzumachen.

Poincaré ging dann auf die Rede des deutschen Reichskanzlers Stresemann ein und sagte: Die Reparationskommission habe diejenigen Zahlungen, die Deutschland wirklich ausgeführt habe, gebucht und nach eingehender Untersuchung abgeschätzt, und zwar einstimmig. Es sei infolgedessen überflüssig, zu behaupten, Deutschland habe bereits 42 Milliarden Goldmark bezahlt oder auch nur 25 Milliarden, wie dies ein wissenschaftliches Institut in Washington ausgerechnet habe, das ganz unbekannt sei und dessen Namen man nicht einmal im Congressional Directory finden könne. Diese willkürliche Abschätzung zeige deutlich genug, zu welchen Resultaten man gelangen könne, wenn internationale Sachverständige jemals damit beauftragt würden, die deutsche Zahlungsfähigkeit abzuschätzen.

Poincaré kam dann wieder auf die französischen Leistungen nach dem Kriege 1871 zurück und führte aus, wie es Frankreich gelungen sei, trotz der großen Kriegslasten seine Finanzen wieder in Ordnung zu bringen. Haben wir damit ein Wunder vollbracht? fragt Poincaré, oder etwas getan, was über menschliche Kraft hinausgeht? Nein, wir haben gearbeitet und den Beweis unseres guten Willens und unserer Aufrichtigkeit abgelegt und hierdurch in der Wertschätzung der Völker der ganzen Welt gewonnen.

Wir wollen uns nicht als Beispiel hinstellen, auch nicht für unsere Feinde von gestern. Aber wir sind der Meinung, daß sie das, was wir vor 35 Jahren geschafft haben, auch heute könnten, wenn sie sich dazu entschließen würden. Wir werden sie dazu zwingen und ihnen gegenüber die Drohungen durchführen, die sie damals an uns gerichtet haben: „Bezahlt uns oder wir bleiben!“

In seiner zweiten Rede, die Poincaré nachmittags um 4 Uhr in Gondrecourt bei Einweihung einer Erinnerungstafel für die ersten amerikanischen Truppen an der französischen Front hielt, wandte sich Poincaré vor allem an Amerika. Er sprach über die Teilnahme der amerikanischen Truppen an den Kämpfen und über die gemeinsamen Anstrengungen der Alliierten, „die Federn der kräftigen militärischen Mechanik zu zerbrechen, die seit einer allzu großen Reihe von Jahren unbestraft im Herzen Deutschlands funktionierten und die, nachdem sie in Deutschland und Oesterreich-Ungarn die Freiheit der Bürger unterdrückt hatte, sich daran machte, auch die Freiheit der Nationen zu brechen“. Der amerikanische Senat, fährt Poincaré fort, habe den Versailler Vertrag nicht ratifiziert, um sich nicht länger mit Angelegenheiten zu belasten, an denen Amerika nicht interessiert sei. Frankreich habe dies sehr bedauert, aber es habe vollkommen verstanden, daß dieser Beschluß sich nicht gegen Frankreich richte und daß, wenn Frankreich bei der Durchführung des Friedensvertrages auch auf die Hilfe der Vereinigten Staaten verzichten müsse, dies an den Beziehungen zwischen den beiden Ländern nichts ändern werde. Obwohl keine amerikanischen Truppen mehr am Rheine ständen und Amerika in der Reparationskommission nur offiziös vertreten sei, habe es die französischen Wiederaufbauarbeiten mit Interesse verfolgt. Die amerikanische Regierung habe natürlich Frankreichs Methoden weder gutgeheißen, noch zu mißbilligen. Das amerikanische Volk in seiner großen Mehrheit finde die Ruhrbesetzung durchaus gerechtfertigt. Poincaré verlas einen Brief, den ihm General Gouraud aus Amerika schrieb und in dem er ihm mitteilt, daß die amerikanischen Frontkämpfer die französische Ruhraktion billigen. Man finde es in Amerika, fährt Poincaré fort, durchaus nicht sonderbar, daß Frankreich geradeaus sähe. Ein Volk, das die Zeit mit Beratungen verbringe, würden unsere amerikanischen Freunde als unfähig bezeichnen. Ein Volk aber, das wisse was es will, werde immer die Achtung und Zuneigung Amerikas haben. Das beste Mittel, zu erreichen, daß einem geholfen werde, und zwar nicht durch den Himmel, sondern durch Menschen, sei, sich selbst zu helfen. Diese Ueberzeugung hat uns ins Ruhrgebiet geführt. Alles was vordem und nachdem geschehen ist, bestätigt uns, daß wir recht haben.“

„Eine Warnung für Deutschland“.

eca Paris, 26. August.

Der „Temps“ beschäftigt sich in seinem heutigen Leitartikel mit den Reden Poincarés, deren erste er als eine Lehre für Frankreich und als eine Warnung für Deutschland bezeichnet. Vergeblich, meint der „Temps“, halte man der französischen Regierung vor, daß die Ruhrbesetzung ihr weniger Kohlen eingebracht hat als die freiwilligen Lieferungen Deutschlands. Diese Argumentation, die nur allzulange den deutschen Widerstand ermutigt habe, könne Frankreich nicht daran hindern, immer von neuem festzustellen, daß es recht gehabt habe, sich selber zu helfen. Hätte Frankreich das Ruhrgebiet nicht besetzt, dann würden die deutschen Kohlenlieferungen im Jahre 1923 sicherlich nicht in demselben Maße angedauert haben, wie 1922. Deutschland habe nämlich, wie die französische Regierung in ihrer letzten Note an England ausgeführt habe, sich für unfähig erklärt, weitere Zahlungen zu leisten und habe ein Moratorium von 4 Jahre verlangt, bevor Frankreich in das Ruhrgebiet gegangen sei. Wenn die Franzosen und Belgier es nicht unternommen hätten, sich dadurch selbst zu helfen, dann hätten sie heute weder Kohlen noch Pfänder. Die Warnung, die Poincaré heute an Deutschland gerichtet habe, sei gleichzeitig die beste Rechtfertigung der französischen Politik. Wenn man Deutschland sage: Bezahlt uns oder wir bleiben, dann sage man ihm gleichzeitig: Wir gehen, wenn ihr uns bezahlt habt. Das feierliche Wort, das der Führer der französischen Regierung heute vernehmen ließ, habe aufs neue die schamlosen Verleumdungen dementiert, die behaupten, Frankreich wolle gar keine Reparationszahlungen, sondern es wolle die Rheinlande annektieren.

Politischer Mord in Prag.

Gesandter Daskaloff erschossen.

Prag, 26. August.

Die Polizeikorrespondenz meldet: **Heute um 11 Uhr vormittags wurde in Prag-Smichow der frühere bulgarische Gesandte in Prag Rajko Daskaloff, der sich in Begleitung Dr. Iwan Bojadjeffs befand, von dem 26 Jahre alten Athanaff Nikoloff aus Sofia überfallen, der auf ihn vier Schüsse aus eigener Pistole abgab. Zwei Schüsse trafen Daskaloff in der Bauchgegend und verletzten ihn tödlich. Dr. Bojadjeff wurde ebenfalls, aber nur leicht verletzt. Ein Polizeiagent entwand dem Täter die Waffe. Dieser wurde dem Sicherheitsdepartement übergeben, das sofort eine Untersuchung einleitete. Daskaloff wurde ins Sanatorium gebracht, wo er im Laufe der Operation um 2 Uhr nachmittags seiner Verwundung erlag. Dr. Bojadjeff wurde ins Krankenhaus überführt.**

Die vorliegende Zeitung enthält auf Seite 8 die Beilage

Die Steuerpraxis Nr. 14.

Georg Bartholomaeus Nachfl. G. m. b. H.
Fabrik: Berlin O., Schillingstrasse 18, Hauptbüro: Berlin NW. 7, Mittelstrasse 24
Centrum: 10839, 1566
liefert:
Kisten in allen Dimensionen
Spezialität: Wein- und Likörkisten „Exportkisten“

BENZ N. S. U. PROTOS
SCHEBERA
GROSSTES AUTOHAUS DEUTSCHLANDS
AGA CYKLON SOFORT LIEFERBAR
UNTER DEN LINDEN 57/58 UND 70 · HOTEL ADLON · KURFÜRSTENDAMM 45